

Bürgerliche vor Scherbenhaufen

WETZIKON Die Stimmberechtigten haben die Umwandlung der Stadtwerke in eine AG klar verworfen. Die grosse Verliererin ist die bürgerliche Parlamentsmehrheit.

Das Verdikt ist überraschend klar: 56,5 Prozent der Wetziker Stimmberechtigten haben das Ansinnen des Stadtrats, die Stadtwerke in eine AG umzuwandeln, abgelehnt. 4019 Nein-Stimmen standen 3096 Ja-Stimmen gegenüber. Die Stimmbeteiligung lag bei hohen 53,6 Prozent. Im Parlament hatte sich eine bürgerliche Mehrheit klar für die AG ausgesprochen, die linke Minderheit hatte jedoch das Behördenreferendum ergriffen.

Stadtrat Heinrich Vettiger (SVP) zeigte sich gefasst. «Es ist uns nicht gelungen, die Vorteile der Rechtsformänderung klar rüberzubringen.» Verlierer sei die Innovation, so Vettiger. «Wir wollten die Stadtwerke besser aufstellen.» Verlierer sei aber auch die Wahrheit. «Was im Abstimmungskampf behauptet wurde, hatte sachlich nicht viel mit der Abstimmungsvorlage zu tun.» Die Gegner hätten primär auf Ängste und Emotionen gesetzt und mit Halb- und Unwahrheiten gekämpft: Schlagworte wie Ausverkauf, Privati-

sierung, drohende Preissteigerungen und Kontrollverlust hätten eine sachliche Auseinandersetzung mit dem komplexen Geschäft verhindert. Aber es gelte, das Verdikt zu akzeptieren und den Gegnern zu «einem gewieften Abstimmungskampf zu gratulieren».

«Lügenpropaganda»

Sein Parteikollege SVP-Fraktionspräsident Stefan Kaufmann drückt es drastischer aus. «Ich bin enttäuscht, dass das Wetziker Stimmvolk auf eine Lügenpropaganda hereingefallen ist.» Den Gegnern sei es nicht um die Sache gegangen, sondern einzig um eine Machtdemonstration. Diese sei ihnen gelungen – auch dank einem unglaublichen Einsatz von Geldmitteln. «Halb Wetzikon war zutapeziert.»

Für die bürgerliche Parlamentsmehrheit ist das Verdikt eine herbe Niederlage. Ihr Vorgehen bei der Parlamentssitzung um die Stadtwerke AG war nicht unumstritten. Die Bürgerlichen hatten den Versuch von Stadtrat

Vettiger, eine Kompromisslösung mit den Linken zu suchen, ignoriert. Stephan Weber (FDP) hatte gar gefordert, sämtliche Änderungsanträge der AG-Gegner in globo abzulehnen, um die Diskussion abzukürzen.

FDP-Präsident Stefan Lenz räumt in diesem Zusammenhang mögliche Fehler im politischen Sinn ein. Es handle sich immer um eine Gratwanderung zwischen der betriebswirtschaftlich perfekten Lösung und einer, die tragfähig sei. Und tragfähig sei sie, wenn auch die Gegenseite mit an Bord sei. «Diese Gratwanderung ist uns nicht ganz gelungen. Wir haben zu fest übertrumpft.» Die Lehren werde man ziehen, gerade in Hinblick auf einen neuen Anlauf zu einer Rechtsformänderung. Diese sei nach wie vor nötig.

Nicht so weit auseinander

Vettiger erinnert daran, dass im Gegensatz zum hitzigen Abstimmungskampf die bürgerlichen und die linken Positionen im Parlament nahe beieinander waren. An diesem Punkt gelte es anzusetzen. Die Linken hätten klar gesagt, sie seien nicht grundsätzlich gegen eine Rechts-

formänderung. «Da werde ich sie beim Wort nehmen.» Er werde nun mit den Gegnern wie den Befürwortern nochmals den Dialog aufnehmen, um eine tragfähige Lösung zu finden, sagt Vettiger. «Die Problematik des kompetitiven Markts und der heute mangelnden Wettbewerbsfähigkeit der Stadtwerke ist nicht vom Tisch.»

Während die Bürgerlichen ihre Wunden lecken, herrscht bei den linken AG-Gegnern Hochstimmung. «Das klare Verdikt zeigt den bürgerlichen Parteien, dass sie an ihrer Politik etwas ändern müssen», sagt SP-Präsident Pascal Bassu. Man habe nun die Gelegenheit, das Geschäft in aller Ruhe neu aufzugleisen, «anstatt es einfach durchs Parlament zu peitschen».

Der Vorwurf, es sei nicht mehr um die Sache und nur noch um einen Machtkampf gegangen, lässt Bassu nicht gelten. «Bei der jetzigen Vorlage war die Schmerzgrenze überschritten. Das Parlament hätte schlicht keine Mitsprache mehr gehabt.» Dieses Szenario sei nun abgewendet. Zwar schliesse man eine Rechtsformänderung nach wie vor nicht grundsätzlich aus. Eine

privatwirtschaftliche AG komme aber nicht mehr infrage – eine öffentlich-rechtliche Anstalt schon eher. «Wir müssen nun miteinander einen neuen Weg finden.»

Bürgerliche «übermütig»

Bassu streitet nicht ab, dass das dominante Auftreten der Bürgerlichen im Parlament eine Rolle spielte. «Sie sind angesichts der politischen Stärkeverhältnisse fast schon übermütig geworden.» Das Urnenresultat sei ein gutes Signal, dass Demokratie nicht einfach das Recht des Stärkeren sei.

Der berüchtigte Abstimmungskampf hat laut Bassu rund 22 000 Franken gekostet. Geld, das SP und Grüne Wetzikon, aber auch Privatpersonen zur Verfügung gestellt hätten. Von aussen seien mit Ausnahme eines Inserats des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds keine Mittel geflossen. Dass man es mit der Wahrheit nicht so genau genommen habe, stimme nicht, sagt Bassu. «Wir haben gewisse Dinge stark verkürzt», räumt er ein, «aber das ist normal in einem Abstimmungskampf.»

Michael von Ledebur

Kommentar



Michael von Ledebur
Stv. Chefredaktor

Alles gewollt – alles verloren

Die Bürgerlichen haben alles gewollt – und alles verloren. So lapidar lässt sich das Verdikt des gestrigen Urnengangs zusammenfassen. Im Parlament hatte die bürgerliche Koalition beim Thema Stadtwerke ihre Überlegenheit kompromisslos ausgespielt. Sie war nicht einmal zu minimalen Zugeständnissen ans linke Lager bereit. Der Urnenentscheid ist die Quittung.

Zwar ist den AG-Gegnern nicht abzusprechen, dass sie auch inhaltlich Mühe mit der Vorlage hatten. Doch offensichtlich stachelte sie das Muskelspiel der Bürgerlichen zum Widerstand an. Die Linken sammelten viel Geld und machten eine Kampagne, wie sie Wetzikon selten gesehen hat. Nur dadurch ist zu erklären, wie ein technisch-trockenes Geschäft zum umstrittenen Politikum werden konnte. Den emotionalen Ton und die Verkürzungen kann man kritisieren, aber das führt nicht weit. Dass es so gekommen ist, haben sich die Bürgerlichen ohnehin selbst zuzuschreiben. Sie haben ihre Macht überschätzt.

In Bundesbern werden Vorlagen sorgfältig in alle Richtungen austariert, um ein Referendum zu verhindern. In der Kommunalpolitik sollte es nicht anders sein. Das hat das gestrige Verdikt gezeigt. Es ist eine Erfahrung, aus der die Politiker im noch jungen Parlament hoffentlich ihre Lehren ziehen.

Das sie es tun, ist dringend nötig. Denn die Wetziker Politmaschine läuft alles andere als geschmiert. Die Erkenntnis der Bushof-Abstimmung wurde gestern zementiert: Dem Stadtrat und der bürgerlichen Parlamentsmehrheit gelingt es nicht, an der Urne Mehrheiten zu finden. Das muss sich nachhaltig ändern. Sonst wird man keines der vielen Wetziker Probleme lösen können.

Seraina Boner



«Halb Wetzikon zutapeziert»: Die Nein-Kampagne stellte ihre Plakate an vielen Orten auf. 22 000 Franken gaben SP und Grüne dafür aus.

Schlatter fehlten nur 258 Stimmen

WETZIKON Esther Schlatter (GLP) hat den ersten Wahlgang der Wetziker Ersatzwahl klar für sich entschieden, das absolute Mehr aber verpasst. Eine Schlappe erlebte hingegen Sandra Elliscasis (FDP).

Sie hatte sich in den vergangenen Jahren mit verschiedenen politischen Manövern einen Namen gemacht und war von fast allen Wetziker Parteien empfohlen worden. Die GLP-Kandidatin Esther Schlatter war als Favoritin in den Dreikampf um den freien Stadtratssitz gestiegen. Dennoch war das Ausmass ihrer Dominanz am Wahltag überraschend. Sie vereinigte 2993 von 6500 Stimmen auf sich. Dies entspricht über 48 Prozent. 258 Stimmen fehlten ihr zum absoluten Mehr von 3251 Stimmen.

Den Wahlgang klar gewonnen, aber dennoch noch nichts erreicht: So interpretiert auch Schlatter das Resultat. «Ich

freue mich natürlich, aber gleichzeitig ist es schade, dass es nicht gereicht hat.» Schade auch für Wetzikon, denn so bleibe das wichtige Amt des Finanzvorstands noch bis im Juni verwaist. Und gewählt sei sie noch lange nicht, betont Schlatter. Die hohe Wahlbeteiligung (sie lag bei 47 Prozent) könne das Resultat beeinflusst haben. Wie es diesbezüglich im Juni ausschaue, müsse sich weisen.

FDP in Rücklage

Dass Schlatter derart weit vorauslag, war die eine Überraschung des Wahlgangs. Die andere: FDP-Kandidatin Sandra Elliscasis, die wie Schlatter im Grossen Gemeinderat sitzt, konnte sich nur knapp vor Walter Bohnenberger (parteilos) halten. Elliscasis vereinigte 1846 Stimmen auf sich, Bohnenberger kam auf 1583. Dies ist umso erstaunlicher, da es bei der Ersatzwahl um die Nachfolge von FDP-Mann Hans Peter Bosshard geht.

Die FDP droht ihren zweiten Stadtratssitz zu verlieren. Noch bis 2014 hatte die Partei drei von sieben Sitzen inklusive Präsidium innegehabt.

«Ein wenig bitter»

«Es ist ein wenig bitter», kommentiert Sandra Elliscasis dieses Ergebnis. Bitter deshalb, weil man «mit populistischer Verhinderungspolitik Erfolg hat. Scharfzüngigkeit und Oppositionspolitik sind offenbar zielführender als Sachpolitik.» Dabei habe Schlatter mit ihren bisherigen Aktionen, beispielsweise gegen den Bushof, keinen Franken gespart. Die Spar- und Oppositionspolitik bringe Wetzikon nicht vorwärts. «Diese Unterschiede muss ich im Hinblick auf den zweiten Wahlgang noch stärker herausarbeiten.»

Elliscasis konnte sich im Vergleich mit Schlatter in der Vergangenheit weniger profilieren. Dass dies eine Rolle gespielt haben könnte, glaubt sie aber nicht

– zumal ihre Kontrahenten ebenfalls keine Exekutivverfahren vorweisen könnten. «Es ging nicht um meine Person», ist sie überzeugt, «sondern um die FDP.» Viele Wähler hätten den Eindruck, die Partei habe in der Finanzpolitik Fehler gemacht. Tritt Elliscasis nochmals an? «Spontan sage ich Ja. Es ist nicht angezeigt, den Kopf nun in den Sand zu stecken.» Allerdings müsste man die Ausgangslage in Ruhe analysieren.

«Ich habe Freude»

Uneingeschränkt über das Wahlresultat freuen durfte sich Walter Bohnenberger. Der Parteilose hatte sich einen «Achtungserfolg» zum Ziel gesetzt, nun hat er mehr erreicht: Sein Abschneiden ist eine Überraschung. Fast jede vierte Stimme ging an ihn, der bisher noch kein politisches Amt innegehabt hat. «Ich habe einen engagierten Wahlkampf geführt», sagt er. Das Thema Finanzen bewege die

Wetziker offenbar. «Ich habe Freude, das muss ich sagen.»

In Hinblick auf den zweiten Wahlgang werde er nun das Gespräch mit der FDP suchen, sagt Bohnenberger. Diese stehe ihm inhaltlich näher als GLP-Kandidatin Schlatter. Eine Absprache sei angezeigt, denn sollten beide bürgerlichen Parteien im Rennen bleiben, sei Schlatters Wahl absehbar. Bohnenberger deutet an, dass er auf einen Rückzug der FDP zu seinen Gunsten hoffe. Das sei kein undenkbares Szenario, ist er überzeugt. «Ich bin stimmenmässig nicht weit von Sandra Elliscasis entfernt und habe einen guten Lauf.»

Für ihn hingegen sei ein Rückzug zum jetzigen Zeitpunkt keine Option. Zumal er aus dem Wahlgang einiges gelernt habe. Er werde vor der zweiten Ausmarchung noch häufiger persönlich präsent sein und Passanten ansprechen. «Ich habe Zeit», sagt der frühpensionierte Finanzspezialist. Michael von Ledebur

Kein Sieger in Hinwil

HINWIL Der freie Sitz im Hinwiler Gemeinderat bleibt vorerst unbesetzt. In der Ersatzwahl erreichte keiner der Kandidaten das absolute Mehr, ein zweiter Wahlgang muss die Entscheidung bringen. Die Nase vorn hatte Gabriela Casutt (FDP). Sie vereinigte 1708 Stimmen auf sich. Damit fehlten ihr lediglich 22 Stimmen zum absoluten Mehr. Ihr Kontrahent Michael Schneider von der SVP erreichte 1597 Stimmen. Der Wahlgang wurde nötig, weil Yvonne Baumeler (CVP) zurückgetreten war. Die Wahlbeteiligung lag bei 49,4 Prozent.

Im zweiten Wahlgang um einen Sitz in der Schulpflege setzte sich die Parteilose Monica Raster mit 2372 Stimmen klar durch. Brian Lee Ward von der SVP kam auf 1070 Stimmen. Hier lag die Wahlbeteiligung bei 48,7 Prozent. mvl